

Bundestagswahl  
2017

# JAMAICA – Frischer Wind für Deutschland?

Prof. Dr.h.c. Lothar Erik Siebler

## **JAMAICA – Frischer Wind für Deutschland?**

Als am 17. September die ersten Hochrechnungen des Ergebnisses der Bundestagswahl veröffentlicht wurden, da deutete sich bereits an, dass dies einer der schwärzesten Tage im politischen Leben von Angela Merkel werden würde. Rund 14 Prozent hatte die von ihr geführte „Große Koalition“ verloren. Trotz deutlicher Verluste der Union bestand für die Bundeskanzlerin aber dennoch Anlass, die erhaltenen 33 Prozent der Wählerstimmen als Auftrag zur Regierungsbildung zu deuten. Zwar hätten die 20,5 Prozent der SPD für eine Fortsetzung der nicht mehr ganz so großen Koalition der beiden Parteien gereicht, aber die SPD ließ ihren Vorsitzenden und gescheiterten Kanzlerkandidaten Martin Schulz den Rückzug in die Opposition erklären. Dass es für CDU und CSU „in die Fresse“ gebe, wie die neu gewählte SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles am Tag nach der Wahl ankündigte, war mehr als ein deutlicher Hinweis auf die Ernsthaftigkeit der sozialdemokratischen Oppositionspläne. So war Angela Merkel gezwungen, sich auf die Suche nach neuen politischen Partnern zur Unterstützung ihrer weiteren Kanzlerschaft zu machen. Die FDP mit einem deutlichen Plus von 6 Prozent, das ihr mit insgesamt 10,7 Prozent den Wiedereinzug in den Bundestag bescherte, war dafür allein nicht ausreichend. Daher musste ein weiterer Koalitionspartner gefunden werden.

### *Auf der Suche nach neuen Partnern*

Vor dem Hintergrund der allgemein als positiv empfundenen Erfahrungen eines schwarz-grünen Bündnisses in Hessen und eines grün-schwarzen Bündnisses in Baden-Württemberg lag hier die Wahl der Grünen nahe. Mit Sondierungsgesprächen zwischen den drei Parteien wurde am 20. Oktober 2017 begonnen, nachdem zuvor Zweiergespräche zwischen CDU/CSU und FDP, CDU/CSU und den Grünen und der FDP und den Grünen stattgefunden hatten. Die Sondierungen sind noch nicht abgeschlossen und die eigentlichen Koalitionsverhandlungen haben längst nicht begonnen, aber dennoch kann ein

Blick in die Zukunft gewagt werden. Was bedeutet ein Bündnis aus CDU/CSU, der FDP und den Grünen politisch für Deutschland? Kann dieses Jamaika-Bündnis frischen Wind in die politische Landschaft Deutschlands bringen? Bis auf die Farben und den Wunsch der Grünen, Marihuana zu legalisieren, hat das politische Bündnis auf den ersten Blick nichts mit dem namensgebenden karibischen Inselstaat gemein. In der deutschen Übersetzung bedeutet der Name jedoch so viel wie „Quellenland“ oder „Holz- und Wasserland“. Dies klärt zunächst die Bedeutung der Grünen in diesem Bündnis, die sich als „Umwertpartei“ besonders für diese Bereiche interessieren. Aber mit Holz und Wasser allein ist in Deutschland kein Staat zu machen. Daher ist nach politischen Gemeinsamkeiten und Konfliktthemen zu fragen, die mit diesem politischen Bündnis verbunden sind und die darüber entscheiden, ob dieses zur Quelle eines frischen Windes oder nur zur Notlösung der Erhaltung von Merkels Kanzlerschaft wird.

#### *Jamaika als breites gesellschaftliches Bündnis*

Zunächst kann beim Blick in die politische Programmatik der Parteien festgestellt werden, dass ihre Vereinigung in einem Regierungsbündnis ein breites politisches Bündnis abdecken würde. Dieses würde von dem konservativen Lager der CSU über den Mitte- bis Mitte-links-Liberalismus der FDP bis hin zum linken Lager der Grünen reichen. Dies macht Koalitionsverhandlungen zwar nicht leichter, aber es bietet die Grundlage für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Damit wird es wahrscheinlicher, dass sich im Regierungshandeln eine breite Mehrheit der Bevölkerung wiederfindet. Das hilft der politischen Kultur in Deutschland und bietet nicht zuletzt der SPD eine gute Gelegenheit, ihr Profil als Oppositionspartei wieder zu schärfen. Welche thematischen Schwerpunkte das Handeln der künftigen Regierung prägen könnten, ist aus den politischen Schnittmengen der Parteien abzuleiten. Wie große die Kompromissbereitschaft am Ende sein wird, hängt zwar nicht zuletzt auch vom Willen zur Macht und den damit verbundenen Posten ab, jedoch machen Posten allein noch keine Politik. Zudem müssen sich Kompromisse bei FDP und Grünen der Zustimmung durch die Parteibasis stellen,

weshalb die Verhandlungsführer nicht allzu großzügig sein dürfen, um den parteiinternen Machterhalt nicht zu gefährden. Da eine Jamaika Koalition auf Bundesebene ohne Beispiel ist, hilft eine Analyse der schwarz-grünen beziehungsweise grün-schwarzen Bündnisse auf unterschiedlichen politischen Ebenen, um eine Ahnung davon zu erhalten, wie frisch der Wind wirklich werden könnte. Insbesondere soll sich der Fokus in den folgenden Betrachtungen auf die bisherigen Erfahrungen mit politischen Bündnissen aus CDU und Grünen gerichtet werden. Mit einbezogen werden auch die Erfahrungen mit der Jamaika-Koalition im Saarland („Saarmaika“ 2009-2012) und in Schleswig-Holstein (seit 2017), wobei sich die letztgenannte Koalition aktuell noch in der Selbstfindungsphase befindet und noch keine politischen Ergebnisse geliefert hat. Zwischen dem grünen und dem schwarzen Lager bestehen dem ersten Eindruck nach die größten inhaltlichen Differenzen, die teilweise ideologisch begründet sind. Die FDP erscheint dagegen als eine Art „natürlicher Partner“ der Union, was ihr Vorsitzender Christian Lindner aber schwerlich öffentlich anerkennen kann, wenn er das neu gewonnene Wählervertrauen nicht direkt wieder verspielen will. Daher ist bei der FDP zwar eine größere Kompromissbereitschaft zu vermuten, die in den Jahrzehnten des gemeinsamen Regierens mit CDU und CSU eingeübt worden ist, aber diese darf keinesfalls als selbstverständlich angesehen werden. Zudem ergeben sich möglicherweise Konflikte der FDP mit den Grünen, was anhand verschiedener Kernthemen abgeschätzt werden kann.

#### *CDU und Grüne – erst Gegner, jetzt Partner?*

In der Gründungsphase der Grünen im Jahr 1980 wurde die neue Partei offen von der Union bekämpft und es wurde sogar überlegt, die Grünen gänzlich zu verbieten oder sie als Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.<sup>1</sup> Sicherlich stand die Union zu dieser Zeit allerdings nicht gänzlich allein mit dieser Einschätzung, hatten doch die Grünen in

---

<sup>1</sup> Vgl. Kronenberg, Volker und Christoph Weckenbrock (Hrsg.). 2011. *Schwarz-Grün. Die Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden. S.16.

dieser Phase den explizit formulierten Charakter einer „Anti-Parteien-Partei“ und einige, gelinde formuliert, „umstrittene“ Programmpunkte, die erst in jüngster Zeit erneut für Schlagzeilen sorgten. Dennoch gab es jenseits dieser Anfeindungen während der Geburtsstunde der Grünen – der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle auch auf frühe Kommentare, etwa von Rezzo Schlauch (Grüne) oder Lothar Späth (CDU) verwiesen, die sich bereits in den 1980ern für Schwarz-grüne Optionen aussprachen<sup>2</sup> – bereits seit Mitte der 1990er Jahre Schwarz- grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene. Mühlheim an der Ruhr war schließlich 1994 die erste Großstadt, die bis 1999 von einem Bündnis aus CDU und Grünen regiert wurde.<sup>3</sup> Mit Köln wird seit 2016 die größte deutsche Stadt ohne Hauptstadtfunction von einer schwarz-grünen Koalition regiert. Darüber hinaus existiert auf kommunaler Ebene ebenfalls eine größere Zahl an Jamaikakoalitionen wie etwa in Bonn seit 2014. An Schwarz-grün auf Landesebene dachte indes bereits Erwin Teufel (CDU) 1992 in Baden-Württemberg, der als amtierender Ministerpräsident offen erklärte, nach der Wahl auch mit den Grünen in Koalitionsverhandlungen zu treten.<sup>4</sup> In etwa jene Zeit entfielen darüber hinaus auch die berühmten Treffen der „Pizza- Connection“ bei einem Bonner Italiener, in der eine Gruppe von Parteivertretern der Grünen – etwa Volker Beck und Cem Özdemir – informell mit Vertretern der CDU – darunter Peter Altmaier und Ronald Pofalla – zusammentraf.<sup>5</sup> Auch wenn bis heute nicht geklärt ist, welche politische Wirkung diese Runde letztlich entfaltete und die Teilnehmer von vergleichsweise „unpolitischen“ Treffen sprechen, erzielte die „Pizza-Connection“ doch einiges Aufsehen in einer Zeit, in der die Unterschiede zwischen beiden

---

<sup>2</sup> Vgl. Kronenberg, Volker und Christoph Weckenbrock (Hrsg.). 2011. *Schwarz-Grün. Die Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden. S.16.

<sup>3</sup> Vgl. Kronenberg, Volker und Christoph Weckenbrock (Hrsg.). 2011. *Schwarz-Grün. Die Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden. S. 183.

<sup>4</sup> Vgl. Casdorff, Stephan-Andreas. 2001. *Perspektive Schwarz-Grün: Neue Bewegung*. <http://www.tagesspiegel.de/kultur/perspektive-schwarz-gruen-neue-bewegung/208148.html>. 24.10.2017.

<sup>5</sup> Vgl. Weiland, Severin und Sebastian Fischer. 2008. *Pizza-Connection: Die schwarz-grüne Geburtsstunde*. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pizza-connection-die-schwarz-gruene-geburtsrunde-a-540701.html>. 24.10.2017..

Parteien gemessen an heutigen Dimensionen weitaus größer waren.<sup>6</sup> Als weiterer Schritt in der Annäherung beider Parteien gilt schließlich die Landtagswahl in Thüringen 2004, bei der im Vorfeld ein Schwarz-grünes Bündnis als durchaus möglich erachtet wurde. Dieses wäre laut Umfragen auch von einem größeren Teil der Grünen und der CDU-Wähler im Land begrüßt worden<sup>7</sup>, kam aber durch eine absolute Mehrheit der CDU nicht zustande.<sup>8</sup>

### *Erste Versuche in Hamburg*

Zur bis dahin ersten, praktisch realisierten Schwarz-grünen Landesregierung kam es 2008 in Hamburg, wo infolge der 19. Wahl zur Bürgerschaft am 24. Februar 2008 unter Bürgermeister Ole von Beust im sogenannten Senat Beust III eine Regierung aus CDU und Grünen – in Hamburg unter dem Namen Grüne Alternative Liste (GAL) – gebildet wurde.<sup>9</sup> Ursache für die Gründung einer solchen Regierung war dabei zunächst nicht wirklich eine Wunschkoalition, sondern vielmehr der Umstand, dass die bis dahin allein regierende CDU ihre absolute Mehrheit verloren hatte und die FDP gleichzeitig an der Fünfprozenthürde gescheitert war.<sup>10</sup> Zu einer Rot-grünen Regierung reichten die Stimmen allerdings, trotz Zugewinnen der SPD, ebenso wenig, da in Hamburg zur Wahl des Ersten Bürgermeisters mehr als 50% der Abgeordnetenstimmen notwendig sind, eine Hürde, die die potenzielle Regierung nur unter Mitwirkung der Linkspartei erreicht hätte.<sup>11</sup> Im April einigten sich CDU und Grüne grundsätzlich über einen

---

<sup>6</sup> Vgl. Weiland, Severin und Sebastian Fischer. 2008. *Pizza-Connection: Die schwarz-grüne Geburtsstunde*. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pizza-connection-die-schwarz-gruene-geburtsrunde-a-540701.html>. 24.10.2017..

<sup>7</sup> Vgl. Berg, Stefan und Steffen Winter. 2004. *Schwarz-grüne Liebele*. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31031431.html>. 24.10.2017.

<sup>8</sup> Vgl. Wahlrecht.de. 2004. *Landtagswahlergebnis in Thüringen*. <http://www.wahlrecht.de/news/2004/13.htm>. 24.10.2017.

<sup>9</sup> Vgl. Wahlrecht.de. 2008. *Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg*. <http://www.wahlrecht.de/news/2008/hh-2008.htm>. 24.10.2017.

<sup>10</sup> Vgl. Wahlrecht.de. 2008. *Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg*. <http://www.wahlrecht.de/news/2008/hh-2008.htm>. 24.10.2017.

<sup>11</sup> Vgl. Wahlrecht.de. 2008. *Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg*. <http://www.wahlrecht.de/news/2008/hh-2008.htm>. 24.10.2017.

Koalitionsvertrag, die Verhandlungen dauerten dann noch bis zum 7. Mai.<sup>12</sup> Ole von Beust wurde letztlich mit insgesamt 69 von 121 Stimmen, bei keiner Enthaltung und 52 Gegenstimmen zum Ersten Hamburger Bürgermeister gewählt. Weitere Beispiele für schwarz-grüne beziehungsweise grün-schwarze Bündnisse sind die Koalitionen in Baden-Württemberg (seit 2016) und in Hessen (seit 2014). Auch bei den beiden letztgenannten Regierungskoalitionen siegten mögliche ideologische Vorbehalte der Union über den rationalen Wunsch der Macht- und Regierungsbeteiligung.

### *Die CDU auf der Suche nach neuen Koalitionsoalternativen*

Im Vergleich zur SPD hat die Union weniger strategische Koalitionsoalternativen zur Verfügung und Bündnisse mit den Grünen oder mit den Grünen und der FDP tragen dazu bei, diese Alternativen zu erweitern und mehrheitsfähig zu machen. Nach den skizzierten Gegensätzen zwischen Union und Grünen in der Gründungsphase der Grünen und der letzten Hochphase der absoluten Gegensätzlichkeit der politischen Lager im Umfeld von Fukushima und Stuttgart 21 hat hier eine Art der Normalisierung stattgefunden, die unter anderen auch durch den von Angela Merkel verkündeten Ausstieg aus der Atomenergie begründet ist. Damit ist zwischen Union und Grünen das konfliktträchtigste Thema der letzten Jahrzehnte verschwunden. Hinzu kommt, dass insbesondere im städtischen Umfeld in den letzten Jahren eine sozioökonomische Annäherung zwischen den Wählermilieus beider Parteien stattgefunden hat und sich Grüne und ihre Wähler darin gefallen, eine neue Bürgerlichkeit zu praktizieren, die für Unionswähler nachahmungsfähig erscheint. Dies bedeutet keine zwangsläufige politische Annäherung, macht sie aber wahrscheinlicher. Sie wird begünstigt durch gemeinsame Werte und Überzeugungen. Dazu gehören beispielsweise die Bewahrung der Schöpfung und eine gesunde Umwelt, solide Staatsfinanzen oder

---

<sup>12</sup> Vgl. stern.de. 2008. *Schwarz-Grün ist im Amt*.  
<http://www.stern.de/politik/deutschland/hamburg-schwarz-gruen-ist-im-amt-619649.html>.  
24.10.2017.

die Selbstverantwortung des Menschen.<sup>13</sup> An diesen Werten und Überzeugungen lassen sich auch mögliche Schnittmengen mit der FDP und des von ihr aktuell politisch praktizierten Liberalismus erkennen. Dass sie in einem politischen Bündnis realisiert werden können, zeigte unter anderem das Jamaika-Bündnis im Saarland von 2009 bis 2012. Dieses kam unter anderem deshalb zustande, weil die Grünen sich aufgrund der Person des saarländischen Linken-Vorsitzenden Oskar Lafontaine nicht auf eine Koalition mit SPD und Linkspartei einlassen wollten, was reich rechnerisch möglich gewesen wäre. Die Koalitionsverhandlungen von CDU, FDP und Grünen zeigten, dass eine Orientierung an eigenen Stärken die beste Strategie ist, um das eigene Parteiprogramm in einem Regierungsbündnis regierungsfähig zu machen. Daher setzten die Grünen vor allem auf umweltrelevante Themen und die CDU und die FDP setzten ihre Schwerpunkte im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Grünen hatten maßgeblichen Anteil daran, dass die Studiengebühren im Saarland abgeschafft wurden. Zudem sorgten sie für die Verabschiedung eines strikten Nichtraucherschutzgesetzes. Gemeinsam setzten sich FDP und Grüne dafür ein, dass die Hürden für Volksentscheide gesenkt werden. Zum Bruch der Koalition kam es am 6. Januar 2012, der durch Affären und Personalstreitigkeiten in der FDP verursacht wurde.<sup>14</sup> Es waren also keine inhaltlichen Differenzen, die das Ende von „Saarmaika“ verursachten, weshalb diese Koalition als erster erfolgreicher Versuch gewertet werden kann, eine politische Schnittmenge zwischen den drei Parteien zu erzeugen und diese regierungsfähig zu machen. An diese grundsätzliche Möglichkeit knüpfte zuletzt Daniel Günther an, der nach der Landtagswahl am 7. Mai 2017 in Schleswig-Holstein eine Jamaika-Koalition unter seiner Führung bildete. Wie bereits erwähnt, ist die Regierung noch nicht lange genug im Amt, um politische Erfolge vorweisen zu können. Aber insbesondere der vereinbarte Ressortzuschnitt und die bisher veröffentlichten politischen

---

<sup>13</sup> vgl. Walter, F..2010. Gelb oder Grün? Bielefeld. S. 95.

<sup>14</sup> Vgl. Spiegel online. 2012. „Jamaika“-Koalition im Saarland geplatzt.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/querelen-in-der-fdp-jamaika-koalition-im-saarland-geplatzt-a-807575.html>. 24.10.2017.



Absichtserklärungen deuten darauf hin, dass jede Partei in der Regierung die Themen vertreten darf, bei denen sie selbst über die größten Stärken verfügt. Damit knüpft die Koalition an das Vorgehen bei „Saarmaika“ an. So besetzt die CDU die Staatskanzlei, das Innenministerium, das Ministerium für Justiz, Europa, Gleichstellung und Verbraucherschutz und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Grünen haben das Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und Digitalisierung und das Finanzministerium erhalten. Für die FDP verblieben das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus und das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren. An dieser Aufteilung wird deutlich, dass es bei der Regierungsbildung nicht nur um die Vergabe von Posten ging, sondern um die Realisierung eines gemeinsamen politischen Projektes, wie dies auch von Günther selbst formuliert wurde.<sup>15</sup>

#### *Jamaika auf Bundesebene?*

Ähnlich könnte auch der Ressortzuschnitt auf Bundesebene aussehen, wenn die Koalitionsverhandlungen über ein Jamaika-Bündnis erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können. Da der FDP-Vorsitzende Lindner bereits das Finanzministerium für seine Partei reklamiert hat, fällt ihr nach eigener Auffassung in erster Linie die Aufgabe zu, über die Ausgabe der Steuereinnahmen zu wachen. Diese Rolle könnte sie beispielsweise durch die Übernahme des Wirtschaftsministeriums sinnvoll ergänzen. So bildet sie einen Gegenpol zu den Grünen, die wahrscheinlich sehr darauf bedacht sein werden, umweltpolitische Maßnahmen wie etwa eine stärkere Förderung der E-Mobilität durchzusetzen. CDU und CSU kommt es in dieser Konstellation zu, mit der bewährten ruhigen Hand Angela Merkels für Stabilität zu sorgen. Diese ist deshalb besonders wichtig, weil im Gegensatz zu den beiden landespolitischen Versuchen von Jamaika

---

<sup>15</sup> Vgl. CDU, Grüne und FDP Schleswig-Holstein. 2017. Presseinformation. [http://www.cdu-sh.de/sites/www.cdu-sh.de/files/downloads/gemeinsame\\_pressemitteilung\\_zum\\_abschluss\\_der\\_koalitionsverhandlungen.pdf](http://www.cdu-sh.de/sites/www.cdu-sh.de/files/downloads/gemeinsame_pressemitteilung_zum_abschluss_der_koalitionsverhandlungen.pdf). 24.10.2017.

Streithemen vorhanden sind, die aus der bundespolitischen Zuständigkeit resultieren. Zu nennen sind hier eine Obergrenze für Flüchtlinge, eine Schließung der Grenzen, die Verabschiedung eines expliziten Einwanderungsgesetzes, eine Abschaffung des Solis, ein Verbot des Verbrennungsmotors, eine Beibehaltung von Kohle als Energieträger, eine Stärkung des Datenschutzes, die Einführung einer Bürgerversicherung und mehr Integration in der Eurozone.<sup>16</sup> Was eine Obergrenze für Flüchtlinge betrifft, so ist einzig die Union dafür und hat bereits eine entsprechende Position intern verabschiedet. FDP und Grüne sind dagegen. Es könnte schwierig werden, in dieser Frage zu einem Kompromiss zu kommen. Einer Schließung der Grenzen, wie die die CSU fordert, steht die CDU zumindest kompromissbereit gegenüber. Die beiden anderen Parteien sind auch hier dagegen. Ein Kompromiss erscheint aber möglich. Ein explizites Einwanderungsgesetz wird von den Grünen und der FDP gefordert. Während die CSU dieses ablehnt, zeigt sich die CDU hier kompromissbereit. Eine Verhandlungslösung könnte sich also hier abzeichnen. Die Abschaffung des Solis wird lediglich von den Grünen abgelehnt. Ein Kompromiss könnte durch Zugeständnisse in anderen Bereichen erreicht werden. Dies dürfte sich bei einem Verbot des Verbrennungsmotors und einer Beibehaltung der Kohle als Energieträger schon weitaus schwieriger gestalten. Beide Themen sind mit der politischen DNA eng verbunden, weshalb es einen politischen Gesichtsverlust bedeuten würde, könnten sich die Grünen hier nicht durchsetzen. Bei einer entsprechenden Verhandlungslösung wird dies mit zu berücksichtigen sein. Zugeständnisse etwa bei der Stärkung des Datenschutzes oder der Einführung einer Bürgerversicherung könnten hier hilfreich sein. Beides wird von den Grünen gefordert, wobei sie in Sachen Datenschutz von der FDP unterstützt werden, während CDU und CSU dies ablehnen. Bei der Bürgerversicherung sind sie indes die einzigen, die diese fordern. Auch bei einer Verstärkung der Integration in der Eurozone sind die Grünen als einzige positiv eingestellt, während die CDU

---

<sup>16</sup> Vgl. 365 Sherpas. 2017. Aufbruch oder Schiffbruch – Ist Jamaika möglich?  
[https://365sherpas.com/wp-content/uploads/2017/09/365Sherpas\\_Wahlspezial\\_2017\\_Update1.pdf](https://365sherpas.com/wp-content/uploads/2017/09/365Sherpas_Wahlspezial_2017_Update1.pdf). 24.10.2017.

zumindest kompromissbereit ist und CSU und FDP diese ablehnen. Sofern sich jede der Parteien in ihren Kernthemen durchsetzen kann oder alternativ gesichtswahrende Kompromisse ermöglicht, dürfen die Koalitionsverhandlungen mit Erfolg rechnen.

#### *Jamaika stabilisiert das deutsche Parteiensystem*

Der frische Wind, der von dieser Koalition ausgehen könnte, wenn sich die Partner nicht gegenseitig behindern, sondern den bundespolitischen Regierungsauftrag als gemeinsames politisches Projekt begreifen, könnte auch zu mehr Stabilität im Parteiensystem beitragen. Dieses ist seit der Bundestagswahl 2002 in eine fluide Phase eingetreten. Nachdem beide Volksparteien unter der 40% Marke blieben, konnte spätestens nun eine Krise der Volksparteien konstatieren. CDU/CSU und SPD erhielten beide mit 38,5% der Wählerstimmen schlechte Wahlergebnisse. Für die CDU/CSU war es das drittschlechteste Ergebnis seit 1949. Die Krise der beiden Parteien machte sich nicht zuletzt in der sinkenden Wahlbeteiligung, einem enormen Schwund der Mitgliederzahlen innerhalb der Parteien und auch in der Wählerbindung bemerkbar. Für die SPD begann die Phase der dramatischen Stimmenverluste. Konnte man 2002 zwar noch knapp eine rot-grüne Regierungskoalition stellen, so hatte man im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl bereits 2,4% verloren. In den kommenden Wahlen sollte sich die Krise der Sozialdemokratie dann manifestieren: Nachdem man 2005 bereits nur noch 34,2% der Stimmen auf sich vereinen kann, sind es 2009 nur noch 23,0%, was die Position der SPD im deutschen Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland als Volkspartei in Frage stellt.<sup>17</sup> Ob mit den 20,5 Prozent der letzten Bundestagswahl das vorläufige Ende der Talfahrt erreicht ist, wird sich spätestens bei den nächsten Bundestagswahlen zeigen. Bis dahin ist es auch die Aufgabe einer Jamaika-Koalition, eine weitere Erosion im politischen System Deutschlands zu verhindern. Insbesondere der Wahlerfolg der AfD deutet darauf hin, dass es

---

<sup>17</sup> Vgl. von Alemann, U. 2010. Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn. S. 84.

der Politik in der zurückliegenden Zeit der Großen Koalition nicht gelungen ist, die Menschen im Land gleichermaßen politisch zu erreichen. Die Wähler, die ihre Stimme der AfD gegeben haben, haben dies deshalb getan, weil sie ihren Protest zum Ausdruck bringen wollten. Wie mit Rückgriff auf Pappi und Shikano gezeigt wurde, liegt darin der Wunsch, Druck auf die großen Parteien ausüben zu können, damit diese ihren politischen Kurs ändern.<sup>18</sup> Der frische Wind, der von einer Jamaika-Koalition ausgeht, kann diese Kursänderung ebenfalls bewirken. Sie ist mit dem Auftrag zur Regierungsbildung deutlich verbunden. In den nächsten Wochen geht es nun darum, die regierungspolitische Grundlage für diese Kursänderung zu legen, damit der frische Wind nicht zu einem lauen Lüftchen abflaut.

---

<sup>18</sup> Vgl. Pappi, F. U., Shikano, S. 2007). Wahl- und Wählerforschung. Baden Baden. S. 48-52.